

Bündnis für eine menschenwürdiges Existenzminimum in Pressekonferenz vorgestellt Chance zu einem erfüllten Leben für alle

In einer gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) haben Vertreter der Erwerbslosennetzwerke, der Diakonie Deutschland, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und des Sozialverband Deutschland (SoVD) in Berlin ein neues Bündnis vorgestellt. Das Bündnis, dem auch die Nationale Armutskonferenz, Pro Asyl und Umweltverbände angehören, macht sich für eine deutliche Erhöhung des Existenzminimums stark. Diese würde weit über den Kreis von Hartz-IV-Beziehern hinaus Wirkung erfahren. Der SoVD war auf dem Podium durch seinen Präsidenten Adolf Bauer vertreten.

„Der Sozialverband Deutschland beteiligt sich am Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum, weil alle Menschen in Deutschland die Chance für ein erfülltes Leben erhalten sollen“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer in seinem Redebeitrag, mit dem er die Positionen des neu gegründeten Bündnisses vertrat.

Viele Menschen stehen am Ende einer Armutsspirale

Das „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ fordert eine Neubestimmung des sozio-kulturellen Existenzminimums. Erwerbslosennetzwerke, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Bauern- und Umweltverbände sowie Flüchtlingsinitiativen wollen gemeinsam eine gesellschaftliche Debatte anstoßen.



Fotos (2): Herbert Schlemmer

Gemeinsam wollen die Bündnispartner eine gesellschaftliche Debatte anstoßen.

Kernfrage: Wie viel braucht ein Mensch in Deutschland zum Leben? Hintergrund ist die zunehmende Spaltung in Reich und Arm, die den Zusammenhalt der Gesellschaft bedroht. Die vom Bündnis vorgelegte Analyse des derzeitigen Regelsatz-Systems zeigt, wie wenig die Bundesregierung die tatsächlichen Bedarfe zum Leben berücksichtigt hat. Hartz-IV- und Sozialhilfeberechtigte, von Armut bedrohte Rentnerinnen und Rentner, Kranke oder behinderte Menschen und Flüchtlinge stehen am Ende einer Armutsspirale. Sie beginnt aus Sicht der Bündnispartner bei unfairen Erzeugerpreisen, setzt sich über Billigstlöhne in der Verarbeitungs- und Handelskette fort und nimmt die Ausplünderung natürlicher

Ressourcen sowie die Zerstörung regionaler Märkte in Kauf.

Ein menschenwürdiges Leben ist ein Grundrecht, das für alle gilt, lautet die Grundsatzforderung der Bündnispartner. Neben einer armutsvermeidenden öffentlichen Infrastruktur, etwa für Bildung und Gesundheit, fordern sie konkret:

- Eine transparent ermittelte gesetzliche Neubestimmung des Existenzminimums auf Basis von Empfehlungen einer unabhängigen Kommission („Bedarfs-TÜV“).
- Die jährliche Anpassung der Regelsätze allein auf Grundlage der Preisentwicklung. Denn der aktuelle Anstieg der Strompreise zeigt, dass ohne

aktuelle Preisanpassung Bedarfe faktisch nicht gedeckt werden können.

- Extraleistungen, insbesondere für langlebige Gebrauchsgüter. Die Idee, aus dem Regelsatz noch Geld ansparen zu können, habe sich als lebensfremd erwiesen, wird argumentiert.
- Die Umsetzung des Grundrechts auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle hier lebenden Menschen. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist abzuschaffen und ein gleicher Zugang aller zu Existenzsicherungsleistungen zu garantieren.

Infos (u. a. Broschüre „Existenzminimum“ und Flyer) unter: www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org.



SoVD-Präsident Adolf Bauer vertritt die Bündnis-Position.

SoVD im Gespräch + SoVD im Gespräch +

Textsammlung zum Thema Gleichstellung

Im Auftrag des Bundeskompetenzzentrums Barrierefreiheit e.V. und mit Unterstützung des BMAS ist im Nomos-Verlag eine Textsammlung zum Behindertengleichstellungsrecht erschienen. Diese systematisch gegliederte Publikation von Horst Frehe und Prof. Felix Welti umfasst die in Bund und Ländern geltenden Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet. Sie stellt damit ein gutes Arbeitsinstrument und Nachschlagewerk für Menschen mit Behinderung und ihre Vertretungen dar.

Weitere Informationen zu Titel und Bestellmöglichkeiten beider Werke unter: www.nomos-shop.de/14623.

Welttag der Menschen mit Behinderung

Am 3. Dezember, dem Welttag der Menschen mit Behinderung, führte der Deutsche Behindertenrat (DBR) seine Jahresveranstaltung durch. Ulrike Mascher (VdK) übergab den DBR-Staffelstab an Hannelore Loskill von der BAG Selbsthilfe, die 2013 das Sekretariat des DBR führen wird. In der Vollversammlung wurden als Schwerpunkte für 2013 neben der Eingliederungshilfe und dem Wahlrecht für behinderte Menschen auch das Themenjahr „Behinderung“ der Antidiskriminierungsstelle besprochen. Auch Wahlprüfsteine sollen erarbeitet werden. An der Veranstaltung nahm für den SoVD Referentin Claudia Tietz teil.

Arbeitstagung zur Thematik Sozialrecht

Am 20. November fand in der Geschäftsstelle des SoVD-Bundesverbandes in Berlin die alljährliche Arbeitstagung der SoVD-Bundesrechtsabteilung mit den SoVD-Landesrechtsabteilungen statt. Anne Reche-Emden (li.) und Diana Dubiel (5. v. li.) begrüßten ihre Kolleginnen und Kollegen aus den SoVD-Landesverbänden. Der gemeinsame Erfahrungs- und Meinungsaustausch umfasste viele aktuelle Themen aus der Sozialrechtsberatung. Alle Beteiligten waren mit den Ergebnissen der Arbeitstagung zufrieden und betonten, wie wichtig ihnen der persönliche Kontakt und Gedankenaustausch mit den Kollegen sei.

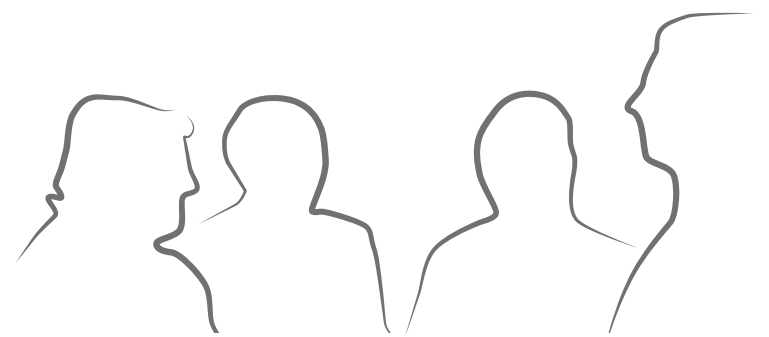


Foto: Herbert Schlemmer

In der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin fand die Arbeitstagung der Bundes- und Landesrechtsabteilungen statt.